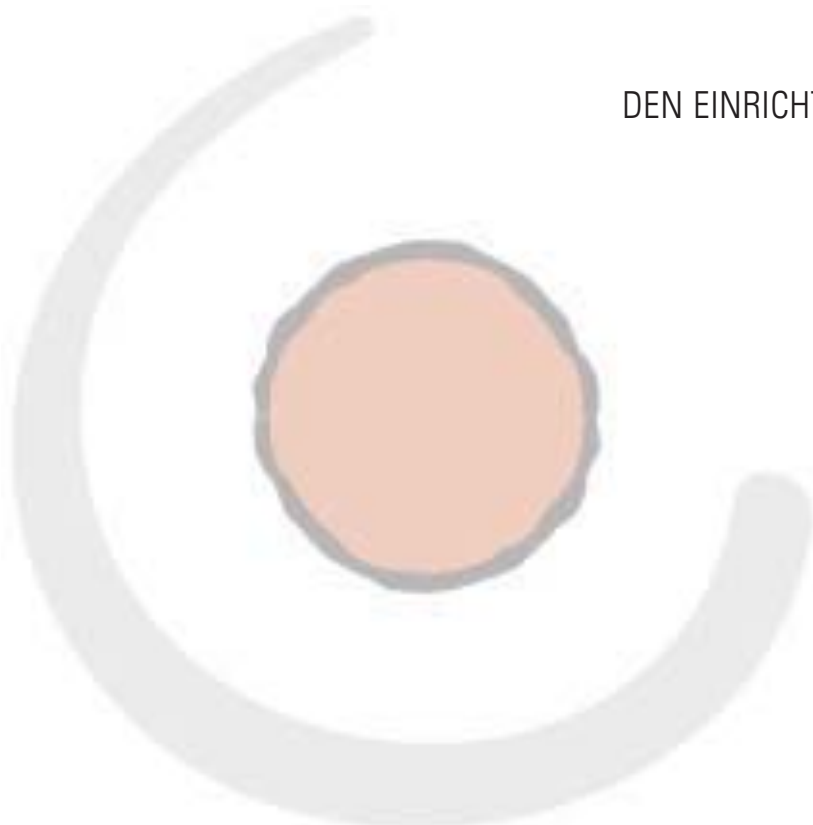


# **WOHNUNGSLOSIGKEIT** **PROBLEME & LÖSUNGEN**

**WORKING PAPER DER GRUNDLAGENABTEILUNG DER CARITAS ED WIEN**

**AUTORIN** MARTINA KARGL  
IN ENGER ZUSAMMENARBEIT MIT  
DEN EINRICHTUNGEN DER WOHNUNGSLOSENHILFE  
DER CARITAS ED WIEN

**STAND** OKTOBER 2008



## **1. WOHNUNGSLOSIGKEIT VERMEIDEN!**

**Wohnungslosigkeit kommt teuer zu stehen: Denn die Versorgung und Reintegration von wohnungslosen Menschen kostet viel Geld. In Form von menschlichem Leid bezahlen aber vor allem die Betroffenen selbst. Deshalb meinen wir: vorbeugen ist besser als heilen!**

### **1.1. LEISTBARER WOHNRAUM! EIN ZUHAUSE IST KEINE WARE.**

Wohnungslosigkeit hat viele Ursachen. Eines spielt aber fast immer eine zentrale Rolle: das Auseinanderklaffen von verfügbarem Einkommen und den Ausgaben fürs Wohnen. Zwar ist die durchschnittliche Wohnkostenbelastung in Österreich geringer als in anderen europäischen Ländern. Nichtsdestotrotz ist sie in den letzten Jahrzehnten auch in Österreich massiv gestiegen. Das stellt gerade für jene, die ein niedriges Einkommen haben, zunehmend ein Problem dar zu dessen Lösung an verschiedenen Schraubchen gedreht werden muss.

#### **1.1.1. Recht auf Wohnen!**

Derzeit gibt es in Österreich kein Recht auf Wohnen, schon gar kein einklagbares, und sei es noch so bescheiden: selbst akut wohnungslose Personen können sich nicht auf einen Rechtsanspruch auf Unterbringung in einer Notunterkunft berufen. Hat die Stadt bzw. die Kommune, in der sie leben, für ein adäquates Angebot an Wohnungslosenhilfe und günstigem Wohnraum gesorgt, haben sie Glück. Wenn nicht, dann eben nicht. Dass ein so grundlegendes Menschenrecht wie das Recht auf Wohnen lediglich auf Basis von Selbstverpflichtungen gewährt wird und damit zum Spielball politischer Prioritätensetzungen wird, scheint uns in einem so reichen Land wie Österreich unerträglich. Vor allem, weil es in der EU mit Schottland und Frankreich bereits zwei Beispiele gibt, die ein einklagbares Recht auf Wohnen gesetzlich festgeschrieben haben.

#### **Deshalb fordern wir ...**

*Es braucht auch in Österreich ein einklagbares Recht auf Wohnen. Dieses darf sich nicht darauf beschränken, Hilfestellungen in Notfällen zu geben, sondern muss auch die Schaffung von sozialem Wohnraum entsprechend den gesellschaftlichen Notwendigkeiten umfassen.*

#### **1.1.2. Wirksame Mietzinsobergrenzen!**

Auf dem privaten Wohnungssektor eine billige Wohnung zu finden, gestaltet sich zunehmend schwierig. Denn der Bestand an schlecht ausgestatteten und deshalb billigen Wohnungen ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. Vor allem aber legt das Richtwertsystem, das seit Anfang der 1990er-Jahre bei der Festsetzung der Miethöhe in Privatwohnungen zur Anwendung kommt, keine wirksamen Mietzinsobergrenzen fest. Denn es wird durch ein völlig unübersichtliches und missbrauchsanfälliges System von qualitätsbezogenen Zu- und Abschlägen unterminiert.

#### **Deshalb fordern wir ...**

*Es braucht ein durchsetzbares System für effektive Mietzinsobergrenzen. Die Möglichkeit von Mietzinsaufschlägen muss massiv begrenzt werden.*

#### **1.1.3. Sozialen Wohnbau fördern!**

Kommunaler und gemeinnütziger Wohnbau sorgt nicht nur für ein Angebot vergleichsweise billiger Wohnungen. Macht er einen bedeutsamen Teil des Wohnungsangebots insgesamt aus, trägt er auch dazu bei, die Mieten im privaten Sektor im Rahmen zu halten. Obwohl das Angebot an Wohnungen im kommunalen und gemeinnützigen Wohnbau mit seinen regulierten und vergleichsweise niedrigen Mieten seit dem 2. Weltkrieg beständig ausgeweitet wurde, übersteigt die Nachfrage das Angebot an verfügbaren Wohnungen bei weitem. Die Folge: lange Wartezeiten. Hinzu kommt, dass nicht nur der private Wohnungssektor beträchtliche "Eintrittsgelder" in Form von MaklerInnengebühren, Ablösen und Provisionen kennt, sondern auch der soziale Wohnbau. Einkommensschwache Haushalte ohne Ersparnisse können aber die beträchtlichen Grund- und Baukostenbeiträge und auch die Kosten im Zusammenhang mit einem Fernwärme-Anschluss nicht aufbringen. Und müssen deshalb auf dem privaten Sektor mit seinen teureren Mieten eine Wohnung finden.

#### **Deshalb fordern wir ...**

*Der Ausbau des bestehenden Angebots an sozialem Wohnbau ist auch in Zeiten insgesamt steigenden Wohlstands nicht obsolet geworden: Speziell der ländliche Raum ist in puncto kommunalem und genossenschaftlichem Wohnbau unterversorgt. Zudem muss im sozialen Wohnbau ein Kontingent an (Bestands)wohnungen geschaffen werden, die nach sozialen Kriterien an einkommensarme Haushalte zu vergeben sind. Diese Wohnungen müssen nicht nur in Hinblick auf die Miete günstig sein, sondern auch eigenmittelfrei. Solche eigenmittelfreie Wohnungen brauchen auch eine Mindestausstattung: eine funktionierende und finanzierbare Heizung, eine Dusche, ein Herd und ein Kühlschrank müssen jedenfalls bereitgestellt werden.*

### **1.1.4. Wohnbeihilfen stärken!**

Für arme Haushalte sind oft auch vergleichsweise günstige Wohnungen nicht leistbar. Deshalb braucht es ergänzend zu den oben beschriebenen Maßnahmen auch finanzielle Wohnbeihilfen an einkommensschwache Haushalte. Wohnbeihilfen haben im österreichischen Sozialstaat derzeit einen geringen Stellenwert. Die bestehenden Leistungen haben den Charakter von Zuschüssen, die die tatsächlichen Kosten nicht annähernd abdecken und auch nicht mit den Kostensteigerungen im Bereich Wohnen Schritt halten. Das hat zur Folge, dass Mittel, die eigentlich für den sonstigen Lebensbedarf benötigt werden, herangezogen werden müssen – oder aber trotz Förderung Mietzinsrückstände entstehen. Das gilt auch für die Abdeckung des Wohnbedarfs im Rahmen der Sozialhilfe, dem letzten Sicherungsnetz im österreichischen Sozialstaat. In Tirol und NÖ ist die Wohnbeihilfe außerdem auf MieterInnen in geförderten Wohnungen beschränkt. In Wien gibt es zwar eine allgemeine Wohnbeihilfe, das für einen Bezug notwendige Mindest-Haushaltseinkommen können aber viele nicht erzielen.

#### **Deshalb fordern wir ...**

*Für einkommensschwache Haushalte braucht es Wohnbeihilfen auf Basis von Rechtsansprüchen, die die regional sehr unterschiedlichen Wohnkosten berücksichtigen, auf realistischen Kostenannahmen beruhen, neben der Miete auch Energie- und Heizkosten abdecken und für geförderte und nicht-geförderte Wohnungen gleichermaßen zur Verfügung stehen.*

### **1.2. DEN SOZIALSTAAT STÄRKEN!**

Hand in Hand mit neuen Armutsrisiken – durch Erwerbslosigkeit, prekäre Beschäftigung, Scheidung, Verschuldung etc. – rückt auch die Wohnungslosigkeit in die Mitte der Gesellschaft und trifft längst nicht mehr nur soziale Randgruppen: kommt es zu Lebenskrisen, bedroht sie auch Menschen, die sich das nie hätten träumen lassen. Und doch fällt Wohnungslosigkeit nicht vom Himmel. In den meisten Fällen ist sie der Gipfelpunkt kumulierender Probleme und Ergebnis eines längeren Prozesses. Derzeit sind viele sozialstaatliche Leistungen – auch die Sozialhilfe als letztes Netz im Sozialstaat – nicht existenzsichernd. Das bringt in Konsequenz auch Probleme mit sich, eine Wohnung zu mieten und sie zu erhalten.

#### **Deshalb fordern wir ...**

*Damit Armut und in der Folge auch Wohnungslosigkeit vermieden werden können, ist eine umfassende Reform im Bereich der monetären Sozialleistungen nötig, allen voran ein System der Mindestsicherung, das diesen Namen auch verdient. Doch Geld allein ist nicht genug: Es braucht überdies ein dicht gesponnenes Netz an Beratungs-*

*stellen und sozialen Diensten auch außerhalb der Wohnungslosenhilfe, das aktiv wird, bevor Notlagen eskalieren. Und das heißt auch: das nicht wartet, bis KlientInnen mit dem sprichwörtlich brennenden Hut eine Stelle aufsuchen, sondern von sich aus tätig wird. Aufsuchende soziale Arbeit muss einen wesentlich größeren Stellenwert bekommen, als sie ihn derzeit hat. Zu den besonders wichtigen Unterstützungsangeboten zählen wir u.a. Sozial-, Rechts- und Schuldenberatungsstellen; Familien unterstützende Dienste, die Eltern in ihrer Erziehungskompetenz stärken; Angebote, die die Kompetenzen bei Haushaltsführung und -budgetplanung schulen, sowie ambulante psychiatrische Betreuungsangebote.*

### **1.3. UMFASSENDE DELOGIERUNGSPRÄVENTION!**

Eine häufige Ursache für Wohnungslosigkeit ist der Wohnungsverlust durch Delogierungen, die in der Mehrzahl der Fälle ihren Grund in Mietrückständen haben. Um zu verhindern, dass eine Kündigungs- bzw. Räumungsklage gegen MieterInnen tatsächlich mit einem Wohnungsverlust endet, haben sich in den letzten Jahren Angebote der Delogierungsprävention entwickelt. Dabei wird versucht, rechtzeitig, d.h., bevor ein Räumungstitel vorliegt, gemeinsam mit den VermieterInnen, MieterInnen und den Behörden Wege zu entwickeln, die Wohnung doch zu erhalten.

#### **Deshalb fordern wir ...**

*Delogierungsprävention hat sich in den letzten Jahren als erfolgreiches Konzept bewiesen. Sie hilft, menschliches Leid zu verhindern und öffentliche Gelder zu sparen: Betroffene und öffentliche Hand profitieren also gleichermaßen. Deshalb sollten die bestehenden Projekte nicht nur fortgeführt, sondern ausgebaut werden. Besonders wichtig erscheint uns dabei, den Stellenwert der aufsuchenden Sozialarbeit zu stärken. Und auch in Begleitmaßnahmen sollte investiert werden, um die neuerliche Gefahr einer Delogierung zu minimieren. So z.B. durch Betreuung über die abgewendete Delogierung hinaus. Oder indem Betroffene wie auch Gefährdete dabei unterstützt werden, billigeren Wohnraum zu finden, wenn die Wohnkosten im Vergleich zum Einkommen zu hoch sind.*

## **2. WENN MENSCHEN DENNOCH WOHNUNGSLOS WERDEN ...**

**Präventions-Angebote können Wohnungslosigkeit erheblich reduzieren. Gänzlich vermeiden lässt sie sich aber wohl nie. Deshalb braucht es auch qualitätsvolle Angebote der Wohnungslosenhilfe.**

### **2.1. AUSREICHENDES UND VIELFÄLTIGES ANGEBOT!**

Das Bild der Wohnungslosigkeit hat sich im Laufe der Jahrhunderte verändert - und tut es nach wie vor. Der "Sandler", der das Bild der Wohnungslosigkeit in der Öffentlichkeit nach wie vor prägt, repräsentiert die sehr bunt zusammengesetzte Gruppe der wohnungslosen Menschen unserer Wahrnehmung nach immer weniger.

"Die" bzw. "den" Wohnungslosen gibt es nicht: alt, jung, Frau, Mann, mit oder ohne Kind, psychisch-/körperlich-/suchtkrank, pflegebedürftig oder auch nicht, versteckt oder offen wohnungslos, mit der Aussicht auf Reintegration in den normalen Wohnungsmarkt oder dauerhaft auf betreutes Wohnen angewiesen: Wohnungslosigkeit trifft die unterschiedlichsten Menschen in den unterschiedlichsten Lebenszusammenhängen. Deshalb gibt es in der Wohnungslosenhilfe auch keinen Königsweg: Sollen alle die Hilfe erhalten, die sie benötigen, braucht es auf einander abgestimmte Angebote und spezielle, maßgeschneiderte Hilfestellungen für die verschiedensten Gruppen.

Zunehmend sind Bevölkerungsgruppen auf Unterstützung durch die Wohnungslosenhilfe angewiesen, die noch vor Jahren die Ausnahme waren. Dazu zählen seit einigen Jahren insbesondere Jugendliche bzw. junge Erwachsene, hoch verschuldete ehemals selbständig Erwerbstätige sowie Menschen mit psychischen Erkrankungen.

#### **2.1.1. Mehr Angebote schaffen!**

Nur wenige wohnungslose Menschen können unmittelbar in eine betreute Einrichtung übersiedeln, wenn sie ihren bisherigen Wohnraum verloren haben oder ihre verdeckte Wohnungslosigkeit z.B. aufgrund massiver Gewalt nicht länger ertragen können. Weil es zu wenig Wohnplätze und deshalb lange Wartelisten gibt, müssen sich viel zu viele wohnungslose Menschen für zu lange Zeit - bis zu einem Jahr - mit der Unterbringung in einem Notquartier zufrieden geben. Die Mehrbettzimmer der Notquartiere sind nur über Nacht geöffnet und müssen untertags verlassen wer-

den. Zudem gibt es diese Unterkünfte längst nicht für alle Obdachlosen bzw. von Obdachlosigkeit Bedrohten: Insbesondere fehlt es an niederschwelligen Krisen-Angeboten für Paare, für Personen mit Haustieren, für Eltern mit Kindern und für psychisch kranke Menschen, die die Hausordnung aufgrund ihrer Krankheit nicht einhalten können.

Viele der von uns betreuten wohnungslosen Menschen müssen mit langen Wartezeiten auf einen Wohnplatz in einer betreuten Einrichtung zurecht kommen, andere wiederum schaffen es aufgrund ihrer besonderen Situation (schwere, z.B. psychische Erkrankung, Sucht, Pflegebedürftigkeit) oft dauerhaft nicht, einen Wohnplatz zu erhalten. Das ist fatal, denn Wohnungslosigkeit ist in der Regel nur ein Aspekt einer umfassenderen Problemsituation, deren Bewältigung nicht nur eine stabile, Sicherheit gebende Wohnsituation, sondern auch sozialarbeiterische Unterstützung erfordert. Deshalb, und weil Betroffene ein Leben in solchen Umständen als enorm belastend erleben, gilt: Wird aus Notunterkünften mangels alternativer Angebote eine längerfristige Unterkunftsform, drohen sich Notlagen zu verschärfen. Bei psychisch- und/oder schwer alkohol- bzw. drogenkranken Menschen muss zudem eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes befürchtet werden. Und bei erwerbstätigen Personen sind solche Unterbringungsformen dem Erhalt des Arbeitsplatzes auf Dauer alles andere als förderlich.

#### **Deshalb fordern wir ...**

*Niemand darf gezwungen sein, obdachlos zu werden bzw. zu bleiben, weil es an ausreichenden und für die Betroffenen auch annehmbaren Krisenangeboten fehlt. Das muss auch für Menschen gelten, die in einer untragbaren Situation verdeckter Wohnungslosigkeit leben. Dabei ist unbestritten: Krisenangebote wie die bestehenden Notunterkünfte sind unverzichtbar. Bestehende Lücken müssen deshalb geschlossen werden. Sie können aber immer nur eine kurzfristige Nothilfe sein. Deshalb muss der Schwerpunkt zum einen auf der Ausweitung präventiver Angebote und zu anderem auf dem Ausbau eines differenzierten Angebots von Wohnrichtungen liegen, die derzeit in nicht ausreichender Zahl und nicht für alle von Wohnungslosigkeit betroffenen Gruppen zur Verfügung stehen. Das gilt besonders in Hinblick auf psychisch kranke Menschen, Personen mit Haustieren, Menschen mit einer schweren Suchterkrankung sowie Frauen mit und ohne Kinder (siehe dazu auch 2.1.3., 2.1.4. und 2.1.5.).*

#### **2.1.2. Angebote am Land ausbauen!**

Die Angebote der Wohnungslosenhilfe finden sich heute mehrheitlich im städtischen Bereich. Dadurch entsteht oftmals der Eindruck, Probleme im Zusammenhang mit dem Wohnen wären vor allem ein städtisches Phänomen. Dem ist nicht so: Alle Probleme, die im städtischen Bereich auftreten, gibt es auch in ländlichen Gebieten, wo außerdem noch vermehrt Probleme im Zusammenhang mit Eigenheimen (zu hohe Kreditraten, grobe bauliche Mängel etc.)



hinzukommen. Auch wenn es in NÖ ein vielfältiges Angebot an betreuten Einrichtungen gibt: manche Gebiete wie z.B. das östliche NÖ sind unterversorgt. Das führt dazu, dass wohnungslos gewordene Menschen in eine andere Stadt oder einen anderen Bezirk übersiedeln müssen. Damit verlieren sie nicht nur ihr geographisches Zuhause, sondern aufgrund massiv eingeschränkter Mobilität – die meisten haben kein Auto – auch den Kontakt zu Verwandten und Freunden.

### **Deshalb fordern wir ...**

*Sollen wohnungslose Menschen mit dem Wohnraum nicht auch ihre Heimat verlieren, braucht es auch in ländlichen Gebieten ein flächendeckendes Netz an Angeboten. Aufgrund der massiv eingeschränkten Mobilität einkommensarmer wohnungsloser bzw. von Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen ist die Notwendigkeit für mobile, aufsuchende Beratungs- und Betreuungsangebote besonders groß.*

### **2.1.3. Schutzräume für Frauen erweitern!**

Frauen sind genauso häufig von Wohnungslosigkeit betroffen wie Männer. Dennoch ist der Großteil der KlientInnen der Wohnungslosenhilfe männlich. Denn Frauen schrecken oft davor zurück, das bestehende Angebot in Anspruch zu nehmen: Aus Angst vor sozialer Ächtung, vor Übergriffen in gemischtgeschlechtlichen Einrichtungen, vor dem Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder. Damit bleibt das Problem der Frauenwohnungslosigkeit für die Öffentlichkeit über weite Strecken unsichtbar. Deshalb gilt: Fehlen annehmbare – und das heißt vor allem: frauenspezifische – Angebote, wählen Frauen das aus ihrer Sicht kleinere Übel der verdeckten Wohnungslosigkeit. D.h., sie bleiben in Wohn- und Lebensverhältnissen, die sie schädigen, oder gehen Zweckgemeinschaften mit Männern ein – um sich dann vielfach mit Abhängigkeit, Demütigung und Gewalt konfrontiert zu sehen.

### **Deshalb fordern wir ...**

*Bei der Wohnungslosigkeit von Frauen gilt: weil Frauen andere Strategien wählen, wenn ihnen Wohnungslosigkeit droht, macht erst ein annehmbares Angebot den Bedarf sichtbar. Deshalb braucht es nach wie vor einen Ausbau der Schutzräume für Frauen. Einen besonderen Bedarf sehen wir bei Angeboten für psychisch kranke Frauen sowie bei Frauen mit Kindern.*

### **2.1.4. adäquate Angebote für psychisch kranke Menschen!**

Ein hoher und wachsender Prozentsatz der wohnungslosen Menschen ist psychisch krank. Bei vielen ist die Krankheit aber nicht die Folge des Verlusts ihres Zuhauses, sondern der Auslöser: weil die Krankheit häufig zu unbezahl-

ten Wohnungsmieten und einem Verhalten führt, das aus der Perspektive der NachbarInnen "unleidlich" ist - beides gerechtfertigte Delogierungsgründe. Die Psychiatrie-Reformen der letzten Jahrzehnte haben erfreulicherweise dazu geführt, dass psychisch kranke Menschen nicht mehr über Jahre und Jahrzehnte in "Irrenanstalten" weggesperrt werden. Und auch die stationären Betreuungszeiten wurden im Zuge der Reform der Krankenhausfinanzierung immer kürzer. Doch leider wurde es verabsäumt, in ausreichendem Maß nachsorgende Angebote für die Zeit nach stationären Psychiatrie-Aufenthalten und geeignete, betreute Wohnformen zu etablieren. Die Folge: viele psychisch kranke Menschen sind in der Bewältigung ihres Alltags sich selbst bzw. der Obhut ihrer Familie überlassen. Die so ausgelöste Überforderung endet nicht selten mit dem Verlust der Wohnung. Doch auch die bestehenden Angebote der Wohnungslosenhilfe können nur einen Teil der Betroffenen betreuen. Denn die meisten Übergangswohnhäuser verfügen nicht über die adäquaten Betreuungsressourcen (ausreichendes Personal mit spezifischer Qualifikation, rund um die Uhr-Betreuung), um einen großen Anteil von Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen aufnehmen zu können. Als Angebot bleibt oft lediglich ein Bett für die Nacht in einem Notquartier. Dieser Alltag ohne jede Stabilität und Sicherheit und die fehlende Betreuung wirken sich sehr ungünstig auf den Krankheitsverlauf aus.

### **Deshalb fordern wir ...**

*Menschen mit schweren psychiatrischen Erkrankungen werden - und bleiben akut obdachlos, weil es außerhalb der stationären Psychiatrie zuwenig unterstützende Angebote für sie gibt. Nicht zuletzt mangelt es an geeigneten Wohnformen. Außerdem braucht aufsuchende soziale Betreuung für jene, die mit Unterstützung selbständig in ihrer eigenen Wohnung leben können, genauso wie adäquate Wohnformen für Personen, die einen höheren Betreuungsbedarf haben. Viele psychische Erkrankungen sind nicht stabil: Nach Krankheitschüben kommt es wieder zu Phasen der Normalisierung. Deshalb braucht es nicht nur eine verbesserte Koordination und Zusammenarbeit von stationärer und extramuraler psychiatrischer Betreuung, sondern darüber hinaus auch ein umfassendes Betreuungsangebot, dass auf Veränderungen im Krankheitsverlauf flexibel und den Bedürfnissen der Betroffenen entsprechend reagieren kann. Gesundheit und Soziales müssen zusammengedacht werden - der ganze Mensch muss in den Blick kommen.*

### **2.1.5. spezielle Angebote für junge Menschen!**

Vielen der von uns betreuten wohnungslosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen wurde die Wohnungslosigkeit in die Wiege gelegt: Ihre Kindheit war in den meisten Fällen von Gewalt, Vernachlässigung und Gleichgültigkeit geprägt; oft wurde diese prekäre Situation durch ein Leben am finanziellen Limit noch verschärft. Schulabbrüche und fehlende Ausbildungen auf der einen und Schulden auf

der anderen Seite führen häufig bereits in jungen Jahren zu Perspektivlosigkeit - und damit zum Risiko, dauerhaft in der Wohnungslosigkeit und damit in einem Leben unter prekären Umständen festzustecken.

Der Anteil der jungen Menschen unter 30 Jahren ist in unserer Beratungs- und Vermittlungseinrichtung P7 in den letzten Jahren stark angestiegen und macht nun ca. ein Drittel aller KlientInnen aus. Nichtsdestotrotz stellt das von der Caritas Wien betriebene JUCA die einzige spezialisierte Wohn-Einrichtung für diese Zielgruppe dar. Das ist alarmierend.

### **Deshalb fordern wir ...**

*Jugendliche und junge Erwachsene zählen zu den Gruppen, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Angebote brauchen, um Hilfe annehmen zu können. Ganz besonders fehlt es derzeit an niederschwelligem Angeboten, die auch solchen Jugendlichen und jungen Erwachsenen offen stehen, die Drogen konsumieren und mit zu strikten Regeln nicht zurecht kommen. Wohnplätze müssen für einen vergleichsweise langen Zeitraum zur Verfügung stehen, und es braucht geeignete (Psycho)therapie-Angebote und Beschäftigungsprojekte. Für Jugendliche, die in Einrichtungen der Jugendwohlfahrt leben, muss es begleitende Angebote über den Zeitpunkt ihrer Volljährigkeit hinaus geben.*

## **2.2. BEGLEITUNG & NACHBETREUUNG**

Miete und Energiekosten rechtzeitig bezahlen, die Wohnung in einem guten Zustand halten, mit den NachbarInnen ein gutes Einvernehmen finden – und das alles auch dann, wenn die Lebensumstände schwierig sind: das Wohnen-Können ist uns nicht angeboren, wir müssen es erst lernen. Wer nicht das Glück hat, diese Fertigkeiten im familiären Umfeld zu lernen, braucht häufig Unterstützung von außen.

Viele Menschen schaffen den Ausstieg aus der Wohnunglosenhilfe schlichtweg deshalb nicht, weil es ihnen an Einkommen und/oder leistbarem Wohnraum fehlt. Bei anderen ist die Wohnungslosigkeit Ausdruck einer komplexeren Problemsituation. Für diese Gruppe ist es deshalb nicht damit getan, sie wieder zu "normalen" MieterInnen zu machen und sie anschließend sich selbst zu überlassen. Sie brauchen auch nach dem Einzug in ihre Wohnung Betreuung, um schlussendlich möglichst selbständig wohnen und die Wohnung dauerhaft halten zu können. Wie lange Begleitung erforderlich ist, ist in jedem Fall anders.

### **Deshalb fordern wir ...**

*Soll die Reintegration nachhaltig sein und erneute Wohnungslosigkeit vermieden werden, braucht es fließende Übergänge zwischen sozialer*

*Betreuung bzw. Begleitung und Selbständigkeit. Solche Angebote gibt es derzeit kaum - sie müssen deshalb geschaffen werden. Manche Menschen, z.B. solche mit einer chronischen psychischen Erkrankung, werden mit einer befristeten Nachbetreuung aber nicht das Auslangen finden: Sie brauchen dauerhafte Wohnbegleitung, um ihr Leben in der eigenen Wohnung erfolgreich zu meistern. Auch hier gibt es viel zu wenig Angebote, die dringend ausgebaut werden müssen.*

## **2.3. "DIE SOLLEN WAS ARBEITEN!"**

... sagen viele. Und das meinen auch wir. Fakt ist: Von den KlientInnen des P7, der zentralen Anlaufstelle für wohnungslose Menschen in Wien, ist jede 8. Person im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig. Und für alle anderen würden wir uns eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt dringend wünschen. Weil sie eine Chance auf Selbstvertrauen, eine sinnvolle Tagesstruktur und existenzsicherndes Einkommen bedeutet. Allein: ein Lebenslauf mit "Lücken", eine Wohnungslosenhilfe-Einrichtung als Wohnadresse, Schulden, aber auch Zahnlücken und Tattoos lassen die von uns betreuten Frauen und Männer für die meisten ArbeitgeberInnen wenig attraktiv erscheinen. Mindestens so groß ist die Hürde, dass viele wohnungslose Menschen den hohen und steigenden Anforderungen des regulären Arbeitsmarktes nicht genügen können. Weil sie den Qualifikationsanforderungen nicht entsprechen. Weil sie aufgrund einer psychischen Erkrankung und körperlicher Einschränkungen nur begrenzt belastbar sind. Und weil sie die Härte des Lebens, die sie zu spüren bekommen haben, häufig auch in ihren Umgangsformen geprägt hat. Nicht wenige haben sich in Folge vieler gescheiterter Anläufe, ihre Lebensumstände zu verbessern, selbst aufgegeben. Ihre vermeintliche Faulheit ist in Wirklichkeit Entmutigung. Wo es an Eigeninitiative mangelt, braucht es nicht Druck. Sondern die Erfahrung, doch etwas schaffen zu können.

### **Deshalb fordern wir ...**

*Wohnungslosen Menschen fehlt es in der Regel nicht am Willen zu arbeiten, sondern an den geeigneten Arbeitsplätzen. Deshalb braucht es am erweiterten Arbeitsmarkt nicht nur Angebote für jene, die wieder in den regulären Arbeitsmarkt integriert werden können, sondern auch qualitätsvolle, sinnstiftende, ressourcenorientierte und existenzsichernde Beschäftigungsangebote für diejenigen, die am regulären Arbeitsmarkt langfristig oder überhaupt keine Chance haben – und dazu zählen wohnungslose Menschen in vielen Fällen. Vorrangiges Ziel dieser bislang nicht existierenden Angebote soll nicht die Integration in den regulären Arbeitsmarkt sein, sondern die soziale, emotionale und psychische Stabilisierung durch als sinnvoll erlebte Beschäftigung.*

